



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ratsfraktion und Ortsverband Soest
Walburger-Osthofen-Wallstr. 1, 59494 Soest



SPD Ortsverein Soest
Ulricher Str. 24-26,
59494 Soest

02.11.2022

Frau Ministerin Annalena Baerbock
Auswärtiges Amt der Bundesrepublik Deutschland
11013 Berlin

Frau Ministerin Josefine Paul
Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des
Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Ministerin Baerbock,
sehr geehrte Frau Ministerin Paul,

mit einer Kundgebung am 25. Oktober haben zahlreiche Soester Bürgerinnen und Bürger zusammen mit ihren Mitbürgerinnen der iranischen Gemeinschaft ihre Solidarität mit den Protestierenden im Iran bekundet. Es haben sich die Ratsfraktionen der GRÜNEN (Anne Richter, Fraktionsvorsitzende), der SPD (Markus Schiffer, Ortsvereinsvorsitzender) und der CDU (Helena Brüggemann, Stadtverbandsvorsitzende) mit Redebeiträgen beteiligt. Der Soester Bürgermeister Dr. Ruthemeyer hat die Kundgebung eröffnet.

Im Rahmen der Kundgebung wurde die Resolution mit den Forderungen der iranischen Gemeinschaft vorgetragen.

Wir (die Unterzeichnenden) überreichen Ihnen die Resolution mit der Bitte, dass Sie sich im Rahmen Ihrer politischen Handlungsmöglichkeiten einsetzen für die Realisierung der Forderungen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Anne Richter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN SOEST

gez. Marcus Schiffer
SPD SOEST

25.10.2022

Resolution der iranischen Gemeinschaft der Soester Bürgerinnen und Bürger

Die erste Weltkonferenz über Menschenrechte fand 1968 in Teheran statt. Die Missachtung der internationalen Menschenrechtscharta durch die iranische Regierung veranlasst uns, Iraner und Iranerinnen der Gemeinde Soest, angesichts der neuerlichen Verbrechen gegen die Menschenrechte, darauf hinzuweisen, dass mit der Abschlusserklärung der 48. UN-Generalversammlung 1993 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 Leitschnur staatlichen Handelns sein muss und jeglicher Kulturrelativismus darin keinen Platz hat. Die Weltmensenrechtskonferenz brachte auch die erste internationale Erklärung hervor, die Gewalt gegen Frauen thematisiert.

Die Iraner und Iranerinnen in Soest wenden sich daher mit der Bitte an das Auswärtige Amt, die Einhaltung der Menschen- und Frauenrechte forciert einzufordern. Die nachfolgenden Forderungen sollen unser Anliegen unterstützen:

Wir fordern

1. die Ausweisung des Botschafters der iranische Regierung
2. das Schließen der kulturelle Einrichtungen, die von iranischen Regierung gefördert werden
3. ein Einreiseverbot der Mitglieder der iranischen Regierung und ihrer Angehörigen
4. das Einfrieren des Vermögens der iranischen Regierungsmitglieder
5. den Stopp der Lieferung von militärischer Ausrüstung
6. das Aufkündigung der Verhandlungen zum Atomabkommen mit dem Iran
7. die Einhaltung der Menschenrechte insbesondere der Gleichbehandlung der Frauen.